

## **Die Rolle der Kirche und der Gläubigen von Rev. Prof. Dr. Karl Golser**

### **1) Stellungnahmen der römisch-katholischen Kirche**

Die Anliegen der Menschheit sind von jeher auch Anliegen der Jünger Christi, „denn es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen Widerhall fände“, so bekennt es ausdrücklich die Einleitung der Pastorkonstitution des II Vatikanischen Konzils „Die Kirche in der Welt von heute“ (Gaudium et spes). Es ist deshalb selbstverständlich, dass es ab der Zeit, in der die Umweltgefährdung ins Licht der Öffentlichkeit gerückt ist, auch Stellungnahmen der Kirche dazu gibt. Schon im Jahre 1971, ein Jahr vor Erscheinen des Berichts über die Grenzen des Wachstums des Clubs of Rome, haben das Dokument der römischen Bischofssynode „De iustitia in mundo“ und das Apostolische Schreiben Papst Pauls VI „Octogesima adveniens“ darauf Bezug genommen (vgl. Nr. 21). Von der Ersten Internationalen Umweltkonferenz der Vereinten Nationen von Stockholm im Jahre 1972 bis in die Konferenzen der letzten Zeit haben immer wieder Vertreter des Hl. Stuhl die Anliegen aufgegriffen und dazu den Standpunkt der Kirche erklärt.<sup>1</sup> Ab der neunziger Jahre ist die Problematik des Klimawandels vor allem durch die Dokumente des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, der als zwischenstaatliche Sachverständigengruppe 1988 gegründet wurde und umfassende Sachstandsberichte veröffentlicht hat) immer mehr in den Mittelpunkt gerückt. Diese Fragen wurden im Vatikan sowohl durch die Päpstliche Akademie der Wissenschaften als auch durch den Päpstlichen Rat Justitia et Pax durch Tagungen und Dokumente begleitet.

Papst Johannes Paul II hat neben verschiedenen Ansprachen und Hinweisen in seinen Sozialzyklen vor allem die Friedensbotschaft von 1990 „Friede mit Gott dem Schöpfer, Friede mit der ganzen Schöpfung“ =“Peace with God the Creator, Peace with All of Creation“) der Schöpfungsverantwortung gewidmet und z. B. in seinem 1999 veröffentlichten apostolischen Schreiben „Ecclesia in America“ in der Nr. 56 unter den „himmelschreienden Sünden“ auch die unverantwortliche Zerstörung der Natur und eigens die unkontrollierte Emission von Treibhausgasen sowie das dramatische Problem der Waldbrände mit der systematischen Zerstörung des Regenwaldes erwähnt (Nr.25).

Von Papst Benedikt XVI soll neben verschiedenen Ansprachen und Hinweisen in den Botschaften zum Weltfriedenstag vor allem sein Brief an den ökumenischen Patriarchen Bartholomaios vom 1. September 2007 erwähnt werden anlässlich eines Symposiums in Grönland, wo ausdrücklich betont wird: „La protection de l'environnement, la promotion d'un développement durable et l'attention particulière aux changements climatiques sont des sujets de grave préoccupation pour toute la famille humaine. Aucune nation ni aucun domaine de l'économie ne peut ignorer les implications éthiques liées à tout développement économique et social. »

Vom Päpstlichen Rat « Justitia et Pax » soll das im Jahr 2004 veröffentlichte « Kompendium der Soziallehre der Kirche » erwähnt werden, in dem das ganze 10. Kapitel der Umweltproblematik gewidmet ist und wo es zum Klimawandel in der Nr. 470 heißt: „In diesem Zusammenhang sind auch die äußerst komplexen Beziehungen zwischen der menschlichen Aktivität und den klimatischen Veränderungen zu berücksichtigen, die auf wissenschaftlicher, politischer und rechtlicher Ebene national und international in der

---

<sup>1</sup> Eine Übersicht dazu ist vom Päpstlichen Rat Justitia et Pax veröffentlicht worden: Pontifical Council for Justice and Peace, From Stockholm to Johannesburg. An Historical Overview of the Concern of the Holy See for the Environment 1971-2001, Vatican City 2002.

geeigneten Weise beständig beobachtet werden müssen. Das Klima ist ein Gut, das geschützt werden muss, und deshalb ist es erforderlich, dass die Verbraucher und die Träger industrieller Aktivitäten ein stärkeres Verantwortungsgefühl entwickeln“.

Auf den Klimawandel sind in letzter Zeit auch verschiedene Bischofskonferenzen eingegangen: neben Dokumenten allgemein zur Schöpfungsverantwortung, vor allem die US-Amerikanische Bischofskonferenz mit einem Dokument aus dem Jahre 2001 „Global Climate Change“ und die Deutsche Bischofskonferenz mit einem umfassenden Expertentext „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ aus dem Jahre 2006 (2. aktualisierte Auflage 2007); andere Bischofskonferenzen haben Dokumente in Erarbeitung oder haben Studienseminare dazu veranstaltet.

Auf ökumenischer Ebene hat der Weltrat der Kirchen (WCC) ein „Climate Change Programme“ und auf europäischen Ebene haben die bis jetzt stattgefundenen drei Europäischen Ökumenischen Versammlungen, angefangen von Basel (1989) über Graz (1997) bis zu Sibiu (2007) nicht nur erklärt, dass die Schöpfungsverantwortung „als Bestandteil des kirchlichen Lebens auf allen seinen Stufen zu betrachten und zu fördern“ ist (Graz, Handlungsempfehlung Nr. 5,1), sondern vor allem Nachdruck gelegt auf nachhaltige Lebensstile der Christen, „um den Klimawandel aufzuhalten (“that reverse our contribution to climate change“), so die Empfehlung Nr. 10 von Sibiu.

## 2) Die katholische Sozialethik

Die ethische Reflexion der katholischen Theologie ist eingegangen in die „Soziallehre der Kirche“ und hat die entsprechenden sozialen Prinzipien dafür entwickelt. Ausgegangen wird von der Würde und der Verantwortung der **menschlichen Person**. Von kirchlichen Stellen wird in Bezug auf die Umweltdiskussion manchmal die Befürchtung geäußert, man würde die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts der Erde zu sehr in den Vordergrund rücken, für die die so zahlreiche Menschheit jetzt eine Bedrohung darstelle, man hätte teilweise pantheistische Vorstellungen, nach denen alles auf Erden heilig und unantastbar wäre. Diesbezüglich ist sicherlich eine stärkere Betonung der Schöpfungstheologie in der Verkündigung notwendig. Schöpfung bedeutet nicht bloß, dass Gott allem Sein einen Anfang gegeben hat, sondern besagt vor allem eine Beziehung Gottes zu all seinen Geschöpfen, die eben nicht göttlich sind, aber durch ihr Geschaffensein einen Eigenwert besitzen. Der Mensch ist als Abbild Gottes der bevorzugte Ansprechpartner Gottes, er ist durch den Herrschaftsauftrag über die Erde mit einbezogen in die Verantwortung für alle Schöpfung, die er zu bewahren und zu behüten hat. Er hat die Aufgabe, alle Kenntnisse in Bezug auf die ökologischen Zusammenhänge wahrzunehmen und die Erde dementsprechend zu gestalten. Schon von der ethischen Verantwortung her ist es nötig, dem Menschen eine Priorität zuzuerkennen, andernfalls würde, wenn alles Leben auf Erden gleichwertig wäre, sich eben der Stärkere durchsetzen.

Auf Grund seiner Freiheit und der technischen Möglichkeiten, die heute der Mensch besitzt, ist der Mensch umso mehr in die **Verantwortung** gerufen. Er muß die Zusammenhänge und Ordnungen beachten, in die er hineingesetzt ist, er muss sie in Gerechtigkeit gestalten, so dass allen Menschen auf Erden gleiche Rechte zukommen, sich zu entwickeln und zu entfalten, den jetzt lebenden Menschen und jenen, die nach uns die Erde bewohnen. Es ist dementsprechend eine intragenerationelle und intergenerationelle **Gerechtigkeit** und Solidarität verlangt.

Ein weiteres Prinzip der Soziallehre der Kirche ist sodann die **Subsidiarität**, welche die Eigenverantwortung auf allen Ebenen betont. Jede gesellschaftliche Struktur, von der Familie angefangen über die Vereine und Verbände, über die lokalen und regionalen Strukturen bis hin zu den Einzelstaaten und überstaatlichen Organismen soll das leisten, wofür sie kompetent

ist und hat auch ein Anrecht, dafür von der übergeordneten Instanz eine Förderung (subsidium) zu erhalten.

Zu den Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität gehört nun auch das der **Nachhaltigkeit**, durch welche die Interdependenz aller Verantwortlichkeiten betont wird. Eine Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn von Anfang an die wirtschaftliche, soziale, politische und ökologische Dimension bedacht wird, und zwar sowohl für die jetzt lebenden wie für die nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit meint den Zukunftsbezug, damit das System der Erde als Lebensraum erhalten bleibt, ja sogar eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle ermöglicht wird.

Hierfür wird gerade die Klimafrage relevant, denn es lässt sich nicht mehr leugnen, dass die Menschheit durch ihre Emission von Treibhausgasen zur Erwärmung beigetragen hat, zu Prozessen mit großer Langzeitwirkung, deren Steuerung die große politische und soziale Herausforderung unserer Zeit bedeutet. Das Klima ist ein **öffentliches Gut** ersten Ranges. Rein wirtschaftliche Dynamismen reichen nicht aus, um dieses öffentliche Gut zu erhalten. Es braucht dafür den politischen Gegenpart, der aber seinerseits der Unterstützung aller sozialen und kulturellen Kräfte bedarf, darunter vor allem auch der Religionen und Kirchen, denn die Lebensweise und Lebensstile der Menschen richten sich doch nach dem, was als Lebensqualität angesehen wird, was als anstrebenswert und sinnerfüllend erscheint.

Die politische Steuerung der Klimafrage ist angewiesen auf von allen einsehbaren Kriterien. Das Kriterium der **Vorbeugung** (prevention) ist unmittelbar einleuchtend, weil es vernünftig und verantwortlich erscheint, jene Maßnahmen zu ergreifen, die als gesichert erkannte Schäden verhindern. Das Prinzip der **Vorsicht bzw. Vorsorge** (precaution) bezieht sich auf mögliche Schäden, für die man Kenntnisse hat, für deren Einschätzung der Wissenstand dauernd in Entwicklung ist: man weiß zwar, dass es schlimmer wird, wenn man keine Maßnahmen trifft, aber man ist sich noch nicht sicher über die Größe der erforderlichen Maßnahmen bzw. man steht vor Abwägungen anscheinend wichtiger Güter. Es geht hier um die politische Steuerung bei nicht gänzlich auflösbaren Unsicherheiten. Die Einschätzung der Erderwärmung und der dafür notwendigen Maßnahmen sind ein Paradebeispiel dafür. Sehr leicht können Ängste populistisch ausgenutzt oder es werden Gegenexpertisen vorgebracht, damit nichts unternommen wird. Die Anwendung des Vorsorgeprinzips erfordert deshalb die Partizipation der Bürger/innen in den Entscheidungsprozess und zugleich auch Transparenz in den politischen Entscheidungen sowie ein Grundvertrauen der Bürger/innen in ihre Verwalter.

Ein weiteres Prinzip ist das **Verursacherprinzip** (Prinzip der Kausalität), wonach wer Schaden bewirkt, auch dafür einstehen muss und entsprechend zur Kasse gebeten wird. Es dürfen nicht, wie bislang oft üblich, die Kosten externalisiert, d.h. auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, sondern die Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und auf die Umwelt müssen einkalkuliert werden, bevor man entsprechende Produktionen und Tätigkeiten aufnimmt. Eine Kostenwahrheit in allen Bereichen würde ein totales Umdenken in unserer Wirtschaft bedeuten, die ja auf geschichtlichen Vorentscheidungen und Verzerrungen aufbaut, die erst allmählich bewusst werden. Manches wird hier nur schrittweise korrigiert werden können.

Es sind ja immer die sozialen Auswirkungen zu bedenken, denn zumeist sind es die ärmeren Bevölkerungsteile und weniger entwickelten Gebiete, die am meisten unter entsprechenden Verteuerungen aber auch unter den Klimafolgen zu leiden haben. Die Kirche weiß sich hier eindeutig der vorrangigen **Option für die Armen** und die Benachteiligten verpflichtet und mahnt deshalb bei allen erforderlichen Maßnahmen auch zur Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit, wobei in erster Linie die Folgen für die sozial Schwächsten zu berücksichtigen sind.

### 3) Folgerungen für das Leben der kirchlichen Gemeinden und der Einzelchristen

Die Erkenntnisse, dass die Erwärmung der Erde hauptsächlich von den Emissionen der verschiedenen Treibhausgase abhängt, verlangen, dass es entsprechende Vorschriften gibt, solche Emissionen zu reduzieren. Die Emissionen hängen vom Energieverbrauch ab, dessen ständige Zunahme wieder mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergeht. Die Vorschriften werden darauf abzielen müssen, dass die fossilen Energiequellen mit ihrem hohen Ausstoß von Treibhausgasen allmählich durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden (**Substitution**), dass eine effizientere Energieausnutzung durch bessere technische Lösungen geschieht (**Effizienz**), dass aber auch die Bereitschaft wächst, weniger Energie zu verbrauchen (**Suffizienz**).

Das letztere Ziel eines sparsamen Umgangs mit der Energie ist an die Lebensstile der Menschen gekoppelt. Lebensstile mit so hohem Energieverbrauch, wie er vor allem in den USA aber auch in Europa praktiziert wird, sind nicht anwendbar für die gesamte Menschheit. Andererseits sind diese Lebensstile Ausdruck eines bestimmten Wohlstandes, den man den Menschen der weniger entwickelten Länder nicht verwehren darf. Es hängt also alles davon ab, dass man **neue Modelle für Lebensqualität und Wohlstand** vorstellt, die nachhaltig und insofern verantwortbar für die ganze Menschheit sind. Hier sind vor allem die Religionen und die Kirchen gefordert, deren Aufgabe es ist, aufzuzeigen, worin Glück und Lebenssinn der Menschen bestehen können.

Die notwendigen staatlichen Maßnahmen über Besteuerung und entsprechende Verbote werden vom einzelnen Bürger leichter rezipiert, wenn er einsieht, dass er so an Lebensqualität gewinnt. Große Möglichkeiten von Einsparung an Energie ergeben sich vor allem im **Wohnungsbereich** (Stichwort Klimahaus) und in der Gestaltung der **Mobilität**. Es sind vor allem die **relationalen Werte** zu betonen (auch in der Wirtschaft), ebenso ein verantwortlicher Umgang mit Raum (regionale Kreisläufe im Handel, in der Ernährung, im Verkehr) und Zeit (sinnvolle Freizeitgestaltung, Pflege auch der Ruhe, Kultur des Sonntags). In gleicher Weise ist die **Solidarität** zu pflegen in der Form eines fairen Handels, in ethischen Geldanlagen usw.

Diese Zielsetzungen betreffen nicht nur die Lebensstile der Individuen, sondern gerade auch der Gemeinschaften und der Kirche. Es gibt genug Beispiele, wie Diözesen, Pfarreien und kirchliche Verbände **entsprechende Projekte** verwirklichen (Bildungsarbeit auf verschiedenen Ebenen, Ökobilanz der Bauten, Vorschriften für die Bewirtschaftung kirchlicher Grundstücke, Umweltmanagement von Festen und Großveranstaltungen). Diese Beispiele, die als „best practices“ z.B. bei den bislang sechs Konsultationen der CCEE, bei den europäischen Ökumenischen Versammlungen, beim ökumenischen Netzwerk ECEN (European Christian Environmental Network, betreut von der KEK), aber auch im Dokument der Deutschen Bischofskonferenz zum Klimawandel vorgestellt wurden, müssten noch stärker bekannt gemacht werden.

Es ist auch immer eine gute Zusammenarbeit kirchlicher Stellen mit den anderen Bewegungen der Zivilgesellschaft und mit den Gemeinden und anderen öffentlichen Strukturen anzustreben (im Sinne der Agenda 21).